



Dorothee Schiwy
Sozialreferentin

Stadtratsfraktion der Die Linke / Die PARTEI

Rathaus

Datum: 09.05.2025

Hilfen statt Vertreibung und Kriminalisierung III – Kommunikation mit Anwohner*innen verbessern

Antrag Nr. 20-26 / A 05073 von der Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion München vom 19.08.2024, eingegangen am 19.08.2024

Az. D-HA II / V1 411.1-2-0213

Sehr geehrte Damen* und Herren*,

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, teilen wir Ihnen auf diesem Wege zu Ihrem Antrag Folgendes mit:

Sie beantragen, dass das Sozialreferat (SOZ) und das Gesundheitsreferat (GSR) unter Einbeziehung des Kreisverwaltungsreferates (KVR) dem Stadtrat ein Konzept zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Nachbar*innen und vulnerablen Gruppen vorlegen. Sie haben den Antrag damit begründet, dass die derzeitige Debatte über vulnerable Gruppen, die sich im öffentlichen Raum aufhalten, aktuell sehr einseitig geführt werde. Dies lasse sich im Bahnhofsviertel aber auch in anderen Stadtvierteln beobachten, wo es um Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum gehe. In der Folge fühlten sich Menschen bei Begegnungen unwohl. Die Stadtratsfraktion wünsche sich ein Angebot zusätzlich zur kurativen Arbeit der beiden Fachstellen „Allparteiliches Konfliktmanagement in München“ (AKIM) und „Stelle für Gemeinwesenmediation“ (SteG), welches bereits präventiv ansetzt und versucht, Konflikten vorzubeugen. Gewünscht ist ein Konzept, wie die Kommunikation und Empathiebildung in der Nachbarschaft gestärkt werden kann. Die Ausfüllung dieser Funktion durch die Bezirksausschüsse reiche nicht aus, es brauche eine Professionalisierung der Kommunikation.

Die Fachstelle AKIM definiert den Begriff „vulnerable Gruppen“ oder auch „marginalisierte

Gruppen“ im öffentlichen Raum wie folgt: Zielgruppen, die aufgrund körperlicher oder psychischer Faktoren, aufgrund ihrer Lebenssituation (z. B. kein fester Wohnort, wenig soziale Einbindung) verletzlich sind als andere Nutzer*innen des öffentlichen Raums. Betroffen oder Auslöser von Beschwerden sind im öffentlichen Raum vor allem obdachlose, wohnungsflüchtende und suchtkranke sowie psychisch schwerer erkrankte Menschen deren soziales Leben dort stattfindet. Das bedeutet jedoch nicht, dass jede einzelne Person dieser Zielgruppe tatsächlich verletzlich, gesundheitlich beeinträchtigt oder in der sozialen Teilhabe stark begrenzt ist, sondern dass deren Risiko dafür erhöht ist.

Die Fachstelle AKIM erhält regelmäßig Konflikthanfragen, bei denen auch vulnerable Gruppen bzw. Personen berührt sind. Anwohnende melden sich immer wieder bei AKIM, oft vermittelt durch Bezirksausschüsse. Die vulnerablen Gruppen sind aufgrund von Armut, Obdach-/Wohnungslosigkeit, prekären Wohnverhältnissen, physischen und psychischen Einschränkungen auf den öffentlichen Raum als Lebens- und soziales Umfeld angewiesen. Gleichzeitig wird der öffentliche Raum, in dem Aufenthalt stattfinden kann, in der Tendenz knapper. Ein Beispiel ist derzeit der Umgriff des Hauptbahnhofs. Baustellen sorgen dort für große Einschränkungen im Platzangebot. Hingegen nehmen Akzeptanz und Toleranz der Anwohnenden und der Öffentlichkeit nach der Beobachtung von AKIM ab. Die Treffpunkte vulnerabler Gruppen im öffentlichen Raum werden in der Presse und in den Medien meist als „Hot Spots“ behandelt, verbunden mit der Forderung nach verstärkten Sicherheitsvorkehrungen. Ebenso zu beobachten ist, dass das subjektive Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung trotz der Bemühungen von Stadt und Polizei, die objektive Sicherheitslage zu optimieren, in den vergangenen Jahren abgenommen hat.

Die Fachstelle AKIM legt hiermit dar, wie das geforderte Konzept aufbauend auf den Erfahrungen der Fachstelle mit der Anwohner*innenarbeit im Kontext von vulnerablen Gruppen im öffentlichen Raum bearbeitet wird.

1. Anwohner*innenbeschwerden zu vulnerablen Gruppen im öffentlichen Raum

An verschiedenen Orten, an denen sich regelmäßig vulnerable Gruppen aufhalten, erhalten sowohl das GSR als auch das Sozialreferat, Fachstelle AKIM, Beschwerden von Anwohnenden und/oder Anlieger*innen.

In den Jahren 2023 und 2024 handelte es sich bei den Gruppen der Wohnungsflüchter*innen und Suchtmittelkonsument*innen, auf die bei der Konzepterstellung der Schwerpunkt gelegt werden soll, vor allem um die folgenden Orte:

- Sendlinger-Tor-Platz und Umfeld
- Nußbaumpark und Umfeld
- Alter Botanischer Garten, Karl-Stützl-Platz und Umfeld
- Alter Südlicher Friedhof
- Westend (Gollierplatz, Trappentreustraße, Schwanthalerhöhe)
- Giesing (Kolumbus- und Hans-Mielich-Platz, Tegernseer Landstraße, Walchenseeplatz, Grünspitz)
- Sendling (Harras und Umfeld)
- Schwabing (Hohenzollernplatz und Münchner Freiheit mit Umfeld)
- Pasing (Bahnhof und Irmonherplatz)

Für andere vulnerable Gruppen sind zusätzlich andere Orte in Bezug auf Beschwerden durch die Nachbarschaft relevant.

Bei den Beschwerden handelt es sich in der Regel um Beschwerden einzelner Anwoh-

ner*innen. Es gibt keine Erkenntnisse, inwieweit sich die Münchner Bürger*innen, andere Nachbar*innen oder Anlieger*innen von den oben genannten Gruppen gestört fühlen.

2. Maßnahmen, die durch das GSR und das SOZ schon angeboten werden

Sowohl das Gesundheits- als auch das Sozialreferat bieten Maßnahmen an, um mit der Situation umzugehen. Dabei ist die Aufgabe des GSR im Schwerpunkt, den oben genannten Zielgruppen selbst Angebote zu machen, um sie zu unterstützen und zu beraten. Die Aufgabe der Fachstellen beim Sozialreferat, Amt für Wohnen und Migration, Stabstelle Bürgerschaftliches Engagement und Konfliktmanagement zielen sowohl auf die Zielgruppen im öffentlichen Raum als auch auf die Anwohnenden ab. Das GSR teilt hierzu Folgendes mit:

2.1 Maßnahmen des GSR

- Streetwork für Klient*innen mit illegalem Drogenkonsum (3 Vollzeitäquivalente (VZÄ) beim GSR) und Förderung von 0,5 VZÄ Streetwork bei Condrops
- Förderung von Kontaktläden und weiteren Einrichtungen der Suchthilfe (Förderung gemeinsam mit dem Bezirk Oberbayern)
- Spritzentauschmöglichkeiten bei den Streetworker*innen, Kontaktläden, Suchtberatung (gebrauchte Spritzen können/sollen zurückgebracht werden)
- Pumpen-Picker-Projekt von JES/Condrops (ab Dez. 2024): Gebrauchte Spritzen und Konsumutensilien werden von Drogengebrauchenden im öffentlichen Raum gesammelt und sachgerecht entsorgt.
- Suchtberatungsstelle in der Paul-Heyse-Straße 20
- Gesundheitstreffs mit Sozialraumbezug in verschiedenen Stadtteilen
- Unterstützungsangebot durch die Psychiatrie- und Suchthilfekoordination für alle Münchner Bezirksausschüsse (BA), Teilnahme an BA-Sitzungen und Bürgerversammlungen, Beratung von BA-Mitgliedern und Stadtratsfraktionen
- Gremienarbeit
- Öffentlichkeitsarbeit
- Mitwirkung der Koordination für Psychiatrie und Suchthilfe am Aktionsbündnis Münchner Institutionen (S.A.M.I.) und weiteren Gremien zur Abstimmung von sicherheits-rechtlichen, sozialen und gesundheitlichen Maßnahmen.

2.2 Maßnahmen der Fachstellen im Sozialreferat, Bürgerschaftliches Engagement und Konfliktmanagement

Im Sozialreferat, Amt für Wohnen und Migration, sind verschiedene Fachstellen angesiedelt, die mit Beschwerden von Anwohnenden und Anlieger*innen zu tun haben:

Fachstelle für Gemeinwesenmediation, SteG: Vermittelt nichtstädtische Mediator*innen eines eigenen Pools bei Konflikten in Nachbarschaften, Schulen, Kindertageseinrichtungen und ehrenamtlichem Engagement. Vor allem Mieter*innen im sozialen Wohnungsbau nehmen die Nachbarschaftsmediation in Anspruch. Vulnerable Gruppen/Menschen nach der Definition von Kapitel 2 sind hier eher selten betroffen.

Fachstelle Vermittlung in Nachbarschaften, VIN: Setzt im Auftrag von Wohnungsbaugesellschaften Vermittler*innen zwischen Anwohnenden in Wohngebieten ein (Innenhöfe/halb-öffentlicher Bereich). Vor allem Mieter*innen im sozialen Wohnungsbau nehmen die Nachbarschaftsmediation in Anspruch. Vulnerable Gruppen/Menschen nach der Definition von Kapitel 2 sind hier eher selten betroffen.

Fachstelle Allparteiliches Konfliktmanagement, AKIM: Führt bei Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum eine Konfliktdanalyse durch und ggf. aufbauend ein Konfliktmanagement mit Maßnahmen der Vermittlung und kooperativer Lösungssetzung. Vor allem Anwohnende und Anlieger*innen nehmen das Angebot in Anspruch. Vulnerable Gruppen/Menschen im öffentlichen Raum sind mit rund 50 Prozent der Anfragen sehr häufig betroffen (siehe Kapitel 2).

Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit gehört ebenfalls zu den Aufgaben der Stellen und wirkt mittelbar auf die Arbeit mit Anwohnenden und Anlieger*innen ein.

2.2.1 Konfliktmanagement durch die Fachstelle AKIM bei Konflikten betreffend vulnerable Gruppen oder Menschen

Maßnahmen, die bei der Fachstelle AKIM aus diesen Anfragen entstehen, sind u. a.:

- Konfliktmanagement mit Ansprache von sowohl Anwohner*innen als auch Zielgruppen vor Ort.
Beispiel: Konfliktmanagement zu Sitzgruppen Ecke Eduard-Schmid-Straße/Reichenbachbrücke mit Shuttle-Vermittlung zwischen Anwohnenden der angrenzenden Wohngebäude und Platznutzenden an den Sitzgruppen, unter Einbindung von Baureferat, Gartenbau, Polizei, Streetwork im Gemeinwesen und Bezirksausschuss 5. Daraus resultierende Maßnahmen waren u. a. das Aufstellen einer Dixi-Toilette zur Lösung für das wilde Urinieren, die Erneuerung des Sichtschutzes zur Wohnstraße hin, das Aufsuchen des Platzes durch die Streetworker*innen und Kontaktbeamt*innen der Polizei.
- Schulungen zur Kommunikation auf Augenhöhe:
Es gibt Anfragen, wo Anwohnende oder Anlieger*innen selbst aktiv werden wollen, aber Unterstützung benötigen, um eigenständig vulnerable Menschen im öffentlichen Raum anzusprechen. Hierfür hat die Fachstelle AKIM Schulungen entwickelt, die helfen, eine konstruktive Ansprache selbst durchzuführen.
Beispiel: Schulungen für die Teams der Stadtteilbibliotheken im Motorama an der Rosenheimerstraße und in Pasing.
- Veranstaltungen und Runde Tische zur Information von Anwohnenden, Bezirksausschüssen und Interessierten:
In Bezug auf den Aufenthalt von vulnerablen Gruppen im öffentlichen Raum ist es sehr hilfreich, wenn die Zielgruppe selbst oder Vertreter*innen, die mit der Zielgruppe arbeiten, über deren Lebenssituation informieren. Irritierendes Verhalten kann so erklärt und Fehlinformationen/Narrative erhellt werden.
Beispiel: Diskussionsabend zur Situation am Hans-Mielich-Platz mit Anwohnenden und vulnerablen Platznutzenden am dortigen Schachbrett, einem der sozialen Treffpunkte für vulnerable Menschen im Umfeld, moderiert durch die Fachstelle AKIM. Diskussionsveranstaltung des Stadtteilladens Giesing in Kooperation mit der Fachstelle AKIM am 15.4.24 und 17.06.24 für Anwohnende, Anlieger*innen und Bezirksausschuss 17 und 18 zu vulnerablen Gruppen, hier Suchtmittelkonsumierenden und Substituierten in Giesing.

2.2.2 Geplante Projekte der Fachstelle AKIM bei Konflikten, die vulnerable Gruppen oder Menschen betreffen

Für das Jahr 2025 sind bereits Projekte geplant, die sich im Schwerpunkt mit Anwohnenden und Anlieger*innen von Plätzen, an denen sich vulnerable Gruppen aufhalten, beschäftigen: Nußbaumpark und Umfeld: Seit 2023 sondiert die Fachstelle AKIM die Situation im und im Umfeld des Nußbaumparks, wo sich traditionell eine Szene von Suchtmittelkonsumierenden trifft. Zwei Konfliktanalysen (2023 und verfeinert in 2024) wurden im Auftrag des Sicherheitsbündnis Münchner Institutionen S.A.M.I. erarbeitet. Die daraus resultierenden Konzeptvorschläge sind zum Zeitpunkt der Erstellung der Beschlussvorlage noch in Diskussion mit dem Gremium. Unabhängig von dem Akzeptanzraum plant die Fachstelle AKIM Informations- und Dialogangebote für die Anwohnenden und Anlieger*innen um zu erreichen, dass diese sich informiert und eingebunden fühlen in die Anstrengungen des Sozialreferats, die subjektive Sicherheit zu erhöhen:

- Bürger*innendialog im Nussbaumpark mit Vertreter*innen der Stadt, Polizei, Kommunalen Außendienst (KAD), Streetwork, Substitutionspraxen, u. a.;
- Förderung der urbanen Kompetenz im Sinne einer Ermächtigung, selbst aktiv zu werden;
- Etablierung niedrigschwelliger Ansprechmöglichkeiten im Park für besorgte/belastete Bürger*innen/Parkbesucher*innen.

Hohenzollernplatz: Der Hohenzollernplatz gehört zu den Plätzen, zu denen das GSR und die Fachstelle AKIM immer wieder Beschwerden erhalten. 2024 gab es eine Stadtratsanfrage zur Einrichtung eines Alkoholverbots am Hohenzollernplatz. Hier plant die Fachstelle AKIM ein Projekt in Kooperation mit der Katholischen Stiftungshochschule, Lehrgang soziale Arbeit für das Sommersemester 2025. Ziel ist es, den Platz zu begleiten und gemeinsam mit den Studierenden ein Konzept zu entwickeln, wie die angrenzende Wohnbevölkerung informiert und einbezogen werden kann. Ziel ist es, die Anwohnenden zu informieren und einzubeziehen in die Anstrengungen des Sozialreferats, die subjektive Sicherheit am Platz zu erhöhen.

3. Weiteres Vorgehen

Das Sozialreferat, Amt für Wohnen und Migration, schlägt vor, die beiden Projekte am Nußbaumpark und am Hohenzollernplatz im Sommer 2025 wie geplant durchzuführen und zu evaluieren. Aus den bisherigen Erkenntnissen wird in Abstimmung mit dem GSR und dem KVR der konzeptionelle Schwerpunkt der diesjährigen Arbeit auf die Gruppe der Wohnungsflüchter*innen und Suchtmittelkonsument*innen gelegt. Wichtig wird dabei sein, die Anwohnenden und Anliegenträger*innen präventiv besser zu informieren und zu sensibilisieren für die Lebenssituation von vulnerablen Gruppen im öffentlichen Raum.

Ich hoffe, auf Ihr Anliegen hinreichend eingegangen zu sein. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dorothee Schiwy
Berufsmäßige Stadträtin